

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger,
Arnold Vaatz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/1011 –**

Den politischen Neubeginn und Aufbau des Irak mitgestalten

A. Problem

Beteiligung am Aufbau des Irak.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/
CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/1011 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Februar 2005

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Dagmar Schmidt (Meschede)
Berichterstatlerin

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Christian Ruck, Thilo Hoppe und Markus Löning

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Den politischen Neubeginn und Aufbau des Irak mitgestalten“ – Drucksache 15/1011 – in seiner 63. Sitzung am 25. September 2003 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf seiner 58. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags und stellt darüber hinaus fest, dass er die Federführung beansprucht.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 30. Sitzung am 22. Oktober 2003 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 12. November 2003 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf seiner 33. Sitzung am 12. November 2003 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** empfiehlt nach Beratung des Antrags in seiner 28. Sitzung am 11. Februar 2004 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der

CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten. Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag am 23. Februar 2005 in Verbindung mit einer Unterrichtung durch die Bundesregierung über die Lage im Irak nach den Wahlen beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass sie die Bundesregierung bereits vor zwei Jahren aufgefordert habe, sich unter der Koordination der Vereinten Nationen am Wiederaufbau des Irak umfassend finanziell, personell und konzeptionell zu beteiligen, um so mehr Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft des Landes zu nehmen. Die Bundesregierung habe diese Möglichkeit nicht genutzt. Ihre bisherigen Bemühungen seien nicht ausreichend gewesen. Die Situation nach den Wahlen im Irak stelle nun eine neue Chance dar, sich aktiv am Wiederaufbau des Irak zu beteiligen und auf diese Weise das Geschehen im Irak mitzugestalten.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass der Irak in der gegenwärtigen Situation nach den Wahlen zu unterstützen sei, und verwies auf das bisherige Engagement. Direkt nach Beendigung des Irakkrieges habe Deutschland im Irak erhebliche Hilfe geleistet. Deutschland engagiere sich auch auf europäischer Ebene. Auf der NATO-Sitzung Anfang Februar sei das deutsche Engagement bei der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte ausdrücklich gelobt worden. Die Bundesregierung sei mit ihrer bisherigen Politik auf dem richtigen Weg.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies darauf, dass sich Deutschland derzeit in 17 verschiedenen Projekten im Irak engagiere und die im Antrag enthaltenen entwicklungspolitischen Forderungen bereits erfülle. Die im Antrag geforderte Stärkung der Rolle der NATO und die Entsendung von Bundeswehreinheiten in den Irak seien nicht akzeptabel.

Die **Fraktion der FDP** wandte sich gegen die im Antrag enthaltene Forderung, deutsche Soldaten im Rahmen eines NATO-Einsatzes in den Irak zu entsenden.

Berlin, den 23. Februar 2005

Dagmar Schmidt (Meschede)
Berichterstatlerin

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

